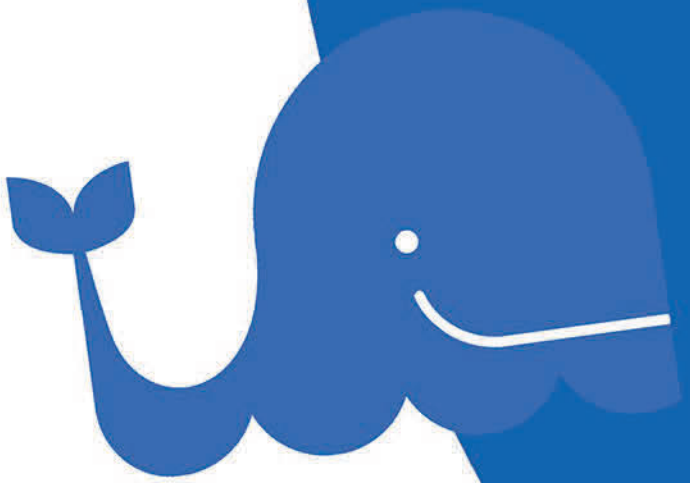
RETTET DIE U18-WAHLEN

RETTET die U18-WAHLEN

#weißtebescheid



INHALTSVERZEICHNIS:

Wenn sie Dir sagen, Du kommst hier nicht rein, dann komm zu uns! 4

Das Raumschiff „Europäische Union" 5

- Historischer Kontext 5
- Mitgliedsstaaten 8
- Organe innerhalb der EU 13
- Das Wahlsystem 15

Die U18-Wahlen 16

#weißtebescheid 23

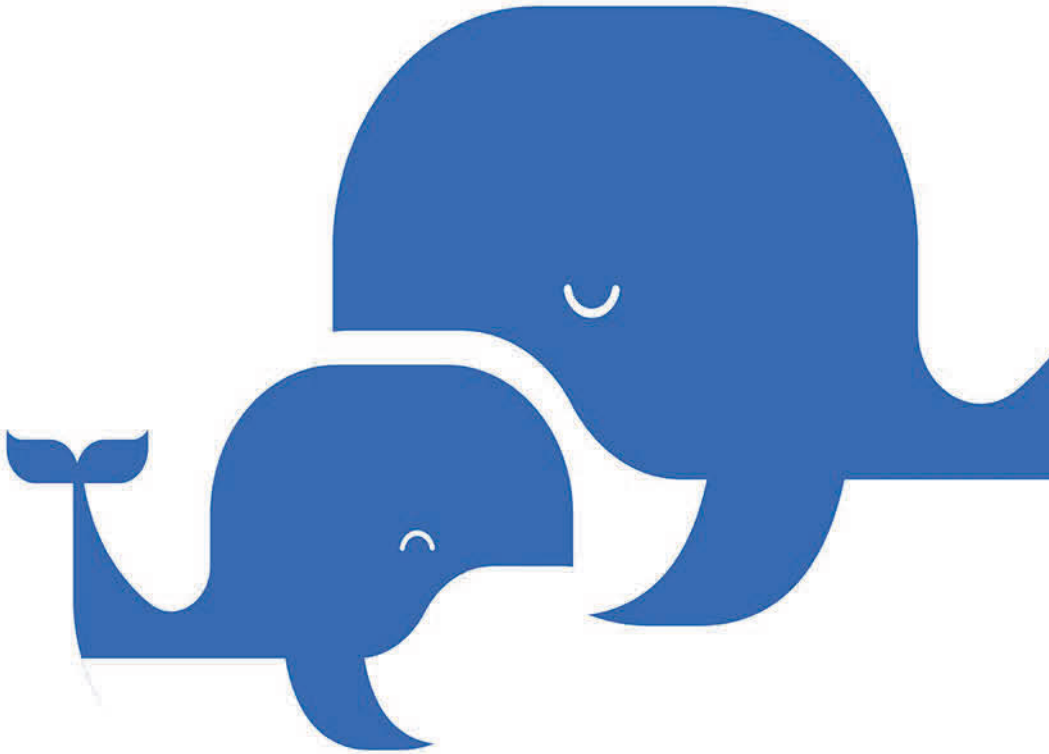
*Infos zur Wahlparty und weitere Informationen rund um die U18-Wahl in Kürze auf unserer Webseite: www.wahlort.kjrlsa.de 24

WENN SIE DIR SAGEN, DU KOMMST HIER NICHT REIN, DANN KOMM ZU UNS!

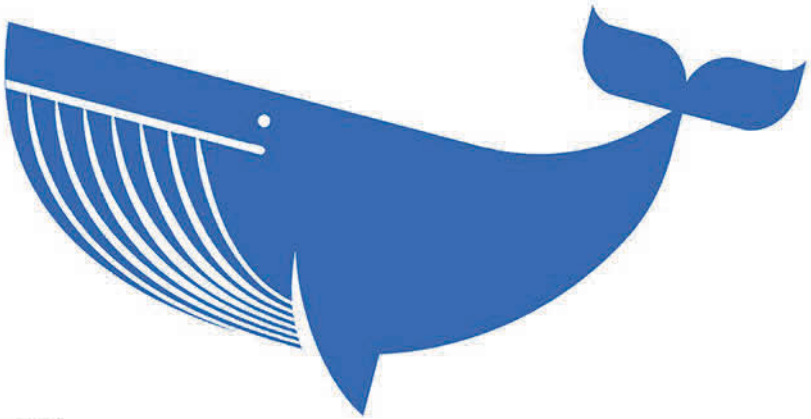
Am 26. Mai 2019 findet in Deutschland die Europawahl statt. Hier wird über die künftige Zusammensetzung des Europaparlaments entschieden. Teilnehmen dürfen leider nur europäische Bürger*innen ab 18 Jahren. Das finden wir doof, das findest Du doof und darum machen wir unser eigenes Ding! Wir lassen Euch, also alle unter 18-Jährigen, separat wählen. Das ist wichtig, denn es gibt viele Themen, die Euch betreffen und auf europäischer Ebene entschieden werden.

Damit wir erfahren, wie Ihr Euch entscheidet, was Eure Themen sind und wen Ihr wählen würdet, wird es viele Wahllokale geben, in denen Ihr am 17. Mai 2019 Eure Stimme abgeben könnt sowie die eine oder andere Wahlparty und Workshops und Gespräche mit Expert*innen stattfinden.

Damit Ihr gut vorbereitet seid und wisst, welche Parteien für welche Positionen stehen, haben wir diese Broschüre gemacht und dann #weißtebescheid!



DAS RAUMSCHIFF „EUROPÄISCHE UNION"



HISTORISCHER KONTEXT

1945 - 1959

Projekt Europa als Friedensmission

Die nach dem zweiten Weltkrieg drohende Gefahr des kalten Krieges und der Wunsch nach Frieden der westeuropäischen Staaten sind Hauptmotive für das aufkommende Projekt Europa. Seit dem Jahr 1950 beginnt mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl die wirtschaftliche und politische Vereinigung der europäischen Länder zur Sicherung eines dauerhaften Friedens. Die sechs Gründerländer sind Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Mit dem Vertrag von Rom, der im Jahr 1957 unterzeichnet wird, entsteht die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) - der gemeinsame Markt.

1960 - 1969

Der Beginn des Binnenmarktes Europa

Die 1960er Jahre bieten gute Bedingungen für die Wirtschaft; ein Faktor hierfür ist die Abschaffung der Zölle auf den Handel zwischen den EU-Mitgliedstaaten. Außerdem wird beschlossen, die landwirtschaftliche Erzeugung gemeinsam zu organisieren, um alle Bürger*innen ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen; bald entstehen sogar Überschüsse an Agrarerzeugnissen.

1970 - 1979

Die erste europäische Integration

Am 1. Januar 1973 werden Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich Mitgliedsstaaten der Europäischen Union; die EU hat jetzt neun Mitgliedstaaten. Das Europäische Parlament erhält mehr Einfluss auf die EU-Politik; im Jahr 1979 können alle Bürger*innen erstmals ihre Vertreter*innen im Parlament direkt wählen.

1980 - 1989

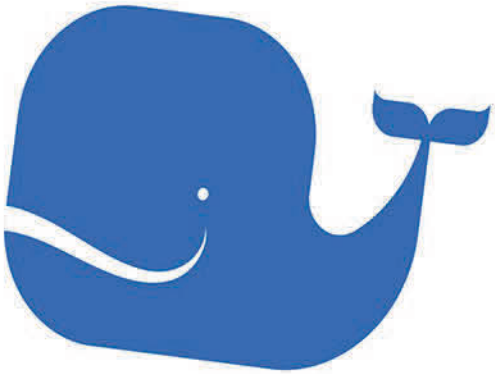
Das neue Gesicht Europas - der Fall der Berliner Mauer

Im Jahr 1981 wird Griechenland zehntes Mitglied der EU; der Beitritt Spaniens und Portugals folgt fünf Jahre später. Im Jahr 1986 wird die Einheitliche Europäische Akte unterzeichnet. Dieser Vertrag schafft die Grundlage für ein umfassendes, über sechs Jahre angelegtes Programm zur Lösung der Probleme, die beim freien grenzübergreifenden Handel innerhalb der EU auftreten; damit entsteht der Binnenmarkt. Mit dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 und der Öffnung der seit 28 Jahren bestehenden Grenze zwischen Ost- und Westdeutschland wird eine große politische Wende ausgelöst. Sie mündet in der Wiedervereinigung Deutschlands im Oktober 1990.

1990 - 1999

Ein Europa ohne Grenzen

Der Zusammenbruch des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa führt zu einer Annäherung der europäischen Nachbarstaaten. Im Jahr 1993 ist der Binnenmarkt vollendet; seine Kennzeichen sind die vier Grundfreiheiten: freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital. Außerdem werden in den 1990er Jahren zwei Verträge geschlossen: Der Vertrag über die Europäische Union („Vertrag von Maastricht") und der Vertrag von Amsterdam. Umwelt geht uns alle an, aber auch im Bereich der Sicherheit und Verteidigung kann Europa gemeinsam handeln. Im Jahr 1995 wird die EU um drei Mitgliedsstaaten erweitert: Österreich, Finnland und Schweden. Millionen junger Menschen studieren mit Unterstützung der EU in anderen Ländern.



2000 - 2009

Gemeinsame Währungsunion

Der Euro ist jetzt für viele EU-Bürger*innen die neue Währung. In diesen zehn Jahren führen immer mehr Mitgliedsstaaten den Euro ein. Der 11. September 2001, der Tag, an dem zwei gekidnappte Flugzeuge in Gebäude in New York und Washington gesteuert wurden, wurde gleichbedeutend mit dem Krieg gegen Terrorismus. Jetzt beginnen die EU-Länder, bei der Verbrechensbekämpfung enger zusammenzuarbeiten. Nach dem Beitritt von insgesamt zehn neuen Staaten im Jahr 2004 sowie Bulgarien und Rumänien im Jahr 2007 können die politischen Gräben zwischen Ost und West als überwunden betrachtet werden. Im September 2008 wird die Weltwirtschaft von einer Finanzkrise erschüttert. Der Vertrag von Lissabon wird von allen EU-Mitgliedsstaaten unterzeichnet und tritt im Jahr 2009 in Kraft. Durch ihn erhält die EU moderne Institutionen und effizientere Arbeitsverfahren.

Die Geschichte der europäischen Union ist also eine Geschichte über die Verwirklichung eines gemeinsamen Friedenprojektes. Die Bestrebungen westeuropäischer Staaten münden in einem Großprojekt Europa mit derweil 28 Mitgliedsstaaten. Der Europäische Binnenmarkt ist einer der Stärksten der Welt. Wir reisen durch ganz Europa ohne Einschränkungen. Wir entwickeln gemeinsame Freundschaftsbündnisse, vertiefen unseren innereuropäischen Austausch immer weiter. Die weitere Geschichte Europas wird geprägt sein von der Bereicherung unseres Lebens durch multikulturelle Einflüsse und auch Ihr habt Einfluss darauf, in welche Richtung Europa sich entwickeln wird.

DAS RAUMSCHIFF „EUROPÄISCHE UNION"

MITGLIEDSSTAATEN

Belgien
Hauptstadt: Brüssel
EU-Amtssprache(n): Niederländisch, Französisch und Deutsch
EU-Mitgliedsland seit: 1. Januar 1958
Unter 15-Jährige: 17 %

Bulgarien
Hauptstadt: Sofia
EU-Amtssprache(n): Bulgarisch
EU-Mitgliedsland seit: 1. Januar 2007
Unter 15-Jährige: 14,1 %

Dänemark
Hauptstadt: Kopenhagen
EU-Amtssprache(n): Dänisch
EU-Mitgliedsland seit: 1. Januar 1973
Unter 15-Jährige: 16,7 %

Deutschland
Hauptstadt: Berlin
EU-Amtssprache(n): Deutsch
EU-Mitgliedsland seit: 1. Januar 1958
Unter 15-Jährige: 13,4 %

Estland
Hauptstadt: Tallinn
EU-Amtssprache(n): Estnisch
EU-Mitgliedsland seit: 1. Mai 2004
Unter 15-Jährige: 16,2 %

Finnland
Hauptstadt: Helsinki
EU-Amtssprache(n): Finnisch, Schwedisch
EU-Mitgliedsland seit: 1. Januar 1995
Unter 15-Jährige: 16,2 %

Frankreich
Hauptstadt: Paris
EU-Amtssprache(n): Französisch
EU-Mitgliedsland seit: 1. Januar 1958
Unter 15-Jährige: 18,3 %

Griechenland
Hauptstadt: Athen
EU-Amtssprache(n): Griechisch
EU-Mitgliedsland seit: 1. Januar 1981
Unter 15-Jährige: 14,4 %

Irland
Hauptstadt: Dublin
EU-Amtssprache(n): Irisch, Englisch
EU-Mitgliedsland: seit 1. Januar 1973
Unter 15-Jährige: 21,1 %

Italien
Hauptstadt: Rom
EU-Amtssprache(n): Italienisch
EU-Mitgliedsland seit: 1. Januar 1958
Unter 15-Jährige: 13,5 %

Kroatien
Hauptstadt: Zagreb
EU-Amtssprache(n): Kroatisch
EU-Mitgliedsland seit: 1. Juli 2013
Unter 15-Jährige: 14,5 %

Lettland
Hauptstadt: Riga
EU-Amtssprache(n): Lettisch
EU-Mitgliedsland seit: 1. Mai 2004
Unter 15-Jährige: 15,6 %

Litauen
Hauptstadt: Wilna (Vilnius)
EU-Amtssprache(n): Litauisch
EU-Mitgliedsland seit: 1. Mai 2004
Unter 15-Jährige: 14,8 %

Luxemburg
Hauptstadt: Luxemburg
EU-Amtssprache(n): Französisch, Deutsch
EU-Mitgliedsland seit: 1. Januar 1958
Unter 15-Jährige: 16,2 %

Malta
Hauptstadt: Valletta
EU-Amtssprache(n): Maltesisch, Englisch
EU-Mitgliedsland seit: 1. Mai 2004
Unter 15-Jährige: 14,1 %

Niederlande
Hauptstadt: Amsterdam
EU-Amtssprache(n): Niederländisch
EU-Mitgliedsland seit: 1. Januar 1958
Unter 15-Jährige: 16,3 %

Österreich
Hauptstadt: Wien
EU-Amtssprache(n): Deutsch
EU-Mitgliedsland: seit 1. Januar 1995
Unter 15-Jährige: 14,4 %

Polen
Hauptstadt: Warschau
EU-Amtssprache(n): Polnisch
EU-Mitgliedsland seit: 1. Mai 2004
Unter 15-Jährige: 15,1 %

Portugal
Hauptstadt: Lissabon
EU-Amtssprache(n): Portugiesisch
EU-Mitgliedsland: seit 1. Januar 1986
Unter 15-Jährige: 14 %

Rumänien
Hauptstadt: Bukarest
EU-Amtssprache(n): Rumänisch
EU-Mitgliedsland seit: 1. Januar 2007
Unter 15-Jährige: 15,6 %

Schweden
Hauptstadt: Stockholm
EU-Amtssprache(n): Schwedisch
EU-Mitgliedsland seit: 1. Januar 1995
Unter 15-Jährige: 17,6 %

Slowakei
Hauptstadt: Bratislava
EU-Amtssprache(n): Slowakisch
EU-Mitgliedsland seit: 1. Mai 2004
Unter 15-Jährige: 15,5 %

Slowenien
Hauptstadt: Ljubljana
EU-Amtssprache(n): Slowenisch
EU-Mitgliedsland seit: 1. Mai 2004
Unter 15-Jährige: 14,9 %

Spanien
Hauptstadt: Madrid
EU-Amtssprache(n): Spanisch
EU-Mitgliedsland seit: 1. Januar 1986
Unter 15-Jährige: 15,1 %

Tschechien
Hauptstadt: Prag
EU-Amtssprache(n): Tschechisch
EU-Mitgliedsland seit: 1. Mai 2004
Unter 15-Jährige: 15,6 %

Ungarn
Hauptstadt: Budapest
EU-Amtssprache(n): Ungarisch
EU-Mitgliedsland seit: 1. Mai 2004
Unter 15-Jährige: 14,5 %

Vereinigtes Königreich
Hauptstadt: London
EU-Amtssprache(n): Englisch
EU-Mitgliedsland seit: 1. Januar 1973
Unter 15-Jährige: 17,8 %

Brexit: Am 23. Juni 2016 stimmten die Bürger*innen des Vereinigten Königreichs dafür, aus der Europäischen Union (EU) auszutreten. Am 29. März 2017 hat das Vereinigte Königreich dem Europäischen Rat seine Absicht zum Austritt aus der EU förmlich mitgeteilt und damit das Verfahren nach Artikel 50 des Vertrags von Lissabon angestoßen. Vorläufig bleibt das Vereinigte Königreich Vollmitglied der EU mit allen damit verbundenen Rechten und Pflichten.

Zypern
Hauptstadt: Nikosia
EU-Amtssprache(n): Griechisch
EU-Mitgliedsland seit: 1. Mai 2004
Unter 15-Jährige: 16,3 %

DAS RAUMSCHIFF „EUROPÄISCHE UNION"

ORGANE INNERHALB DER EU

Europäisches Parlament

Das Parlament der Europäischen Union setzt sich alle fünf Jahre neu durch Wahlen zusammen. Die Aufgaben des Parlaments bestehen in der Gesetzgebung, der Ausübung der Haushaltsbefugnisse und in der politischen Kontrolle. Hier werden die während der Europawahl gewählten Kandidaten*innen ihre politische Arbeit leisten.

Europäischer Rat

Der Europäische Rat ist ein Organ der Europäischen Union, in dem die Regierungen der Staaten repräsentiert sind. Er übt zusammen mit dem Europäischen Parlament Rechtssetzung aus. Darüber hinaus findet hier ein Austausch der Regierungen statt, um beispielsweise über gemeinsame Ziele zu sprechen und aktiv in eine gemeinsame Politik zu investieren. Des Weiteren werden hier politische Zielvorstellungen formuliert, weswegen der Europarat (oder auch EU-Gipfel genannt) den Motor des Fortkommens der EU darstellt.

Europäischer Rechnungshof

Der Rechnungshof der europäischen Union ist zuständig für einen effizienten und sparsamen Haushalt. Ihm obliegt die Prüfung der Rechtmäßigkeit von Ausgaben und Einnahmen der Gemeinschaft.

Europäische Zentralbank

Die Europäische Zentralbank ist verantwortlich für die Europäische Währungspolitik. Dazu zählen Aufgaben der Aufrechthaltung und Verwaltung der offiziellen Währungsreserven der Mitgliedstaaten und der Förderung des reibungslosen Funktionierens der Zahlungssysteme.

Europäischer Gerichtshof

Der Europäische Gerichtshof ist das höchste Gericht in der EU. Er sichert die Wahrung des EU-Rechts und kann somit auch von keinem nationalen Gericht angegriffen werden. Er reagiert auf Klagen (bspw. durch Mitgliedstaaten) oder kümmert sich darum, wie EU-Recht ausgelegt werden muss.

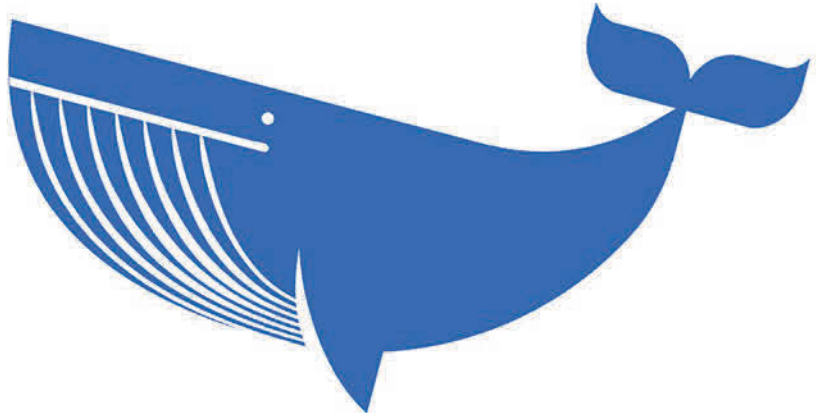
Europäische Kommission

Die Europäische Kommission ist die „Hüterin der Verträge" und besitzt als einziges Organ Initiativrecht; das bedeutet: Die Kommission ist als einziges Organ in der Lage, Gesetzesentwürfe einzubringen. Sie setzt sich zusammen aus Vertreter*innen jedes europäischen Mitgliedsstaates.

Europäischer Minister*innenrat

Hier treffen Minister*innen europäischer Mitgliedsstaaten zusammen. Je nach Thematik ist die Zusammensetzung unterschiedlich: Wird über finanzpolitische Themen gesprochen, treffen sich vorwiegend die Finanzminister*innen europäischer Mitgliedsstaaten.

DAS RAUMSCHIFF „EUROPÄISCHE UNION"



DAS WAHLSYSTEM

Die Wahl des Europäischen Parlaments erfolgt alle fünf Jahre. In der Bundesrepublik Deutschland sind 63.6 Millionen Bürger*innen wahlberechtigt. Voraussetzung für die Wahlberechtigung ist, dass das 18. Lebensjahr vollendet ist und der Wohnsitz innerhalb der Europäischen Union liegt.

Wer diese Voraussetzungen erfüllt, darf am Wahltag innerhalb des Wahllokales seines*ihres Wahlbezirkes eine Stimme abgeben.

Mit dieser einen Stimme wird keine Person gewählt, sondern die Liste der zur Wahl stehenden Parteien. Also eine sogenannte Listenwahl. Dabei entscheiden die Wähler*innen über die Besetzung der Plätze im Europäischen Parlament.

DIE U18-WAHLEN

Wann?

Die U18-Wahlen finden immer neun Tage vor den entsprechenden offiziellen Wahlterminen statt. Die **U18-Europawahl 2019** also am 17. Mai. Alle Wahllokale sind an diesem Tag bis 18:00 Uhr geöffnet. Das Ergebnis wird in eine Software eingegeben und anschließend gesammelt veröffentlicht.

Wie/Wo?

Mit der Anmeldung eines Wahllokals über die Internetseite: **www.u18.org** wird bekannt gegeben, dass Ihr/jemand sich an der U18-Wahl beteiligen möchte und einen Ort bereitstellt, an dem Kinder und Jugendliche die Möglichkeit haben, ihre Stimme abzugeben. Ein Wahllokal kann überall entstehen, wo Kinder und Jugendliche sich aufhalten. Daher sollte der Zugang offen und frei zugänglich sein.

Wer?

An der U18-Wahl können ausnahmslos ALLE unter 18-Jährigen, welche sich zum Zeitpunkt der Wahl in Deutschland aufhalten, teilnehmen. Die Wahl ist natürlich freiwillig und geheim. Niemand muss also wählen! Und für welche Partei Du Dich entschieden hast, musst Du niemandem erzählen. Die Wahl findet unmittelbar, allgemein, geheim und frei statt! Wichtig ist nur, dass U18-Wähler*innen ihr Kreuzchen selbst machen. Und, dass sie es geheim und freiwillig machen können.

Alle über 18-Jährigen sind explizit von der U18-Wahl ausgeschlossen, es darf also auch niemand für Kinder und Jugendliche „im Auftrag" wählen.

Wen und warum?

Wir haben Euch einige Schwerpunktthemen der zur Wahl stehenden Parteien zusammengetragen, die Euch die Wahl erleichtern sollen:

Christlich Demokratische Union (CDU)

JUGENDSPEZIFISCHE THEMEN:

- Aufbau eines europäischen Jugendwerkes
- Ausweitung der Austauschprogramme für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende und für Berufsanfänger*innen, junge Unternehmer*innen und Erwachsene in Fortbildungsprogrammen
- gemeinsame Berufsabschlüsse in der EU, auch im Bereich der dualen Berufsbildung
- Förderung von europäischen Begegnungen mittels kostenloser Interrailtickets für Jugendliche im Alter von 18 Jahren
- strukturierte Zusammenarbeit beim Dialog mit den christlichen Kirchen mit gleichzeitiger Kooperation im Bereich der Integration von Migrant*innen, insbesondere derer mit muslimischem Glauben, sowie eine gemeinsame europäische Imam*innenausbildung
- gemeinsames Vorgehen gegen Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

JUGENDSPEZIFISCHE THEMEN:

- Ausbau der „Jugendgarantie“
- europäische Mittel für den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit zur Verfügung stellen und aufstocken
- globale Nichtverbreitung von Atomwaffen, Abrüstung sowie Rüstungskontrolle ausbauen und Abzug von Atomwaffen des US-amerikanischen Militärs aus Deutschland und Europa
- Sicherheit und Unbedenklichkeit aller Medikamente, Geräte, Lebensmittel und Produkte, die auf den europäischen Markt kommen
- Kampf gegen den Klimawandel und die Verschmutzung der Umwelt sowie der Zugang zu Rohstoffen

Bündnis 90/Die Grünen Deutschland (Grüne)

JUGENDSPEZIFISCHE THEMEN:

- Auch Jugendliche ab 16 Jahren sollen bei einer Europäischen Bürger*innen-initiative mitstimmen dürfen.
- Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen
- Recht auf Weiterbildung und lebenslanges Lernen EU-weit verankern
- Ausbau des Erasmus-Programms
- Sicherstellung der Wertschätzung ehrenamtlichen Engagements von Jugendlichen und Abbau der bürokratischen Hürden
- Aufbau einer europäischen Zentrale für politische Bildung

Partei DIE LINKE

JUGENDSPEZIFISCHE THEMEN:

- Erhöhung der Mittel für die Jugendgarantie
- Investition in Bildung und Weiterbildung
- Reform des Bologna-Systems
- Förderung sozialer und ökologisch sinnvoller Innovationen
- Schutz für Kinder und Jugendliche vor Armut durch eigenständige Kindergrundsicherung
- Förderung von Modellprojekten in Städten mit hoher Luftbelastung für freie Fahrt für Kinder und Jugendliche

Alternative für Deutschland (AfD)

JUGENDSPEZIFISCHE THEMEN:

- Senkung der Jugendarbeitslosigkeit
- Rückkehr zu den bewährten Diplom-, Staatsexamens- und Magisterstudiengängen
- Ausbau des ERASMUS-Programms
- finanzielle Förderung des europäischen Austauschs im Rahmen von Jugendverbänden und -gruppen
- Förderung der Mobilität von Studierenden, Auszubildenden auch für junge Menschen ohne gymnasiale Bildung
- Ausbau der beruflichen Aus- und Weiterbildung

Freie Demokratische Partei (FDP)

JUGENDSPEZIFISCHE THEMEN:

- gemeinsamer Datenschutz
- Etablierung eines Energiebinnenmarkts
- konsequente Haushaltsdisziplin
- gemeinsame Flüchtlings- und Einwanderungspolitik
- abgestimmte Terrorismusbekämpfung
- weniger Bürokratie und mehr Bürger*innen-souveränität

Die Piraten

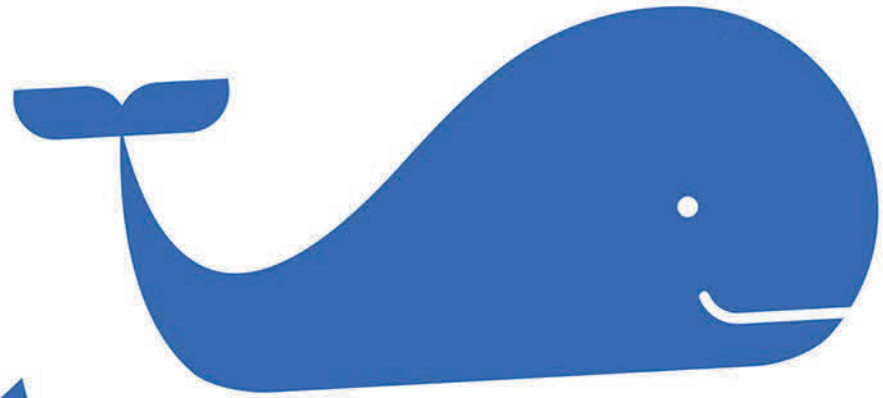
JUGENDSPEZIFISCHE THEMEN:

- Modernisierung des Urheberrechts, um Innovation und den Zugang zu Wissen und Kultur zu fördern
- Beteiligungsmöglichkeiten in der EU-Politik für jede*n EU-Bürger*in und in besonderer Form gerade für junge Menschen
- freies Europa mit offenen Grenzen: offline wie auch online.
- Menschenrechte für alle – für mehr Zusammenhalt und Frieden.
- bessere Kommunikations-Strukturen, die offener, sicherer, schneller und preiswerter sind
- Transparenz staatlicher Institutionen, um Missbrauch und Vetternwirtschaft zu verhindern

Bundesvereinigung FREIE WÄHLER

JUGENDSPEZIFISCHE THEMEN:

- bessere Förderung von Jugendorganisationen
- Anerkennung und Akzeptanz von jugendlichem Ehrenamt
- Aufwertung der beruflichen Bildung
- Zurück zum Diplom-Studiengang
- Europäisches Erasmusprogramm fördern
- Pariser Klimaabkommen umsetzen



Partei Mensch Umwelt Tierschutz

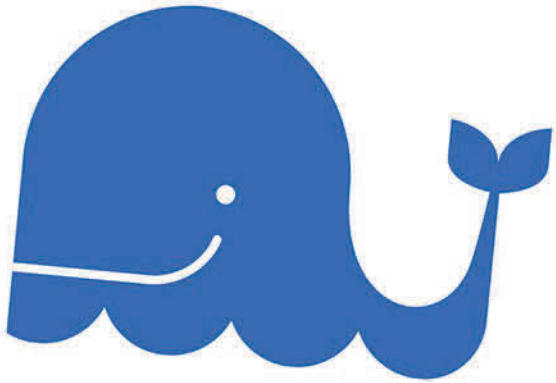
JUGENDSPEZIFISCHE THEMEN:

- Anreize zu persönlichem ehrenamtlichem Engagement
- Aufwertung und Förderung herkömmlicher Ausbildungsberufe, z.B. im Gesundheits- und Pflegebereich oder im Handwerk
- bessere Integration der bei uns lebenden ausländischen Kinder, vor allem durch Sprachförderung bereits ab dem Vorschulalter
- stärkere Förderung erneuerbarer Energien und neuer Antriebssysteme für Kraftfahrzeuge
- Ablehnung des Großeinsatzes von Pestiziden, Antibiotika und anderen pharmazeutischen Präparaten in der Landwirtschaft
- eigener Tierschutzartikel im Grundgesetz

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

JUGENDSPEZIFISCHE THEMEN:

- Abwendung der internationalen „Bologna-Reform" und Rückbesinnung auf klassische Modelle von Diplom- und Magister-Abschlüssen
- Abzug aller deutschen Soldat*innen aus allen Einsatzgebieten und der in Deutschland befindlichen ausländischen Streitkräfte
- Stärkere Kooperation mit den europäischen Partner*innen, wie Frankreich, und insbesondere Hinwendung zu den großen Machtzentren, wie Russland und China, bei gleichzeitiger Distanzierung zur Interventions- und Destabilisierungspolitik der USA
- Ablehnung eines vermeintlichen Rechts auf weltweite Intervention zum Schutz „westlicher Werte" oder zur vorauseilenden Bekämpfung des „Terrorismus"
- Auflösung der europäischen Gemeinschaftswährung und Wiedereinführung der Deutschen Mark
- Raumorientierte Volkswirtschaft



Familien-Partei Deutschlands

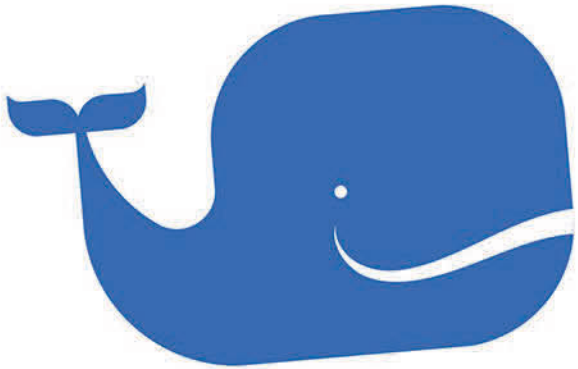
JUGENDSPEZIFISCHE THEMEN:

- Europäisches Kindergeld
- Europäische Gemeinschaftsarmee
- Finanztransaktionssteuer
- keine Euro-Bonds
- einheitliche Asylverfahren
- nachhaltige Landwirtschaft

Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)

JUGENDSPEZIFISCHE THEMEN:

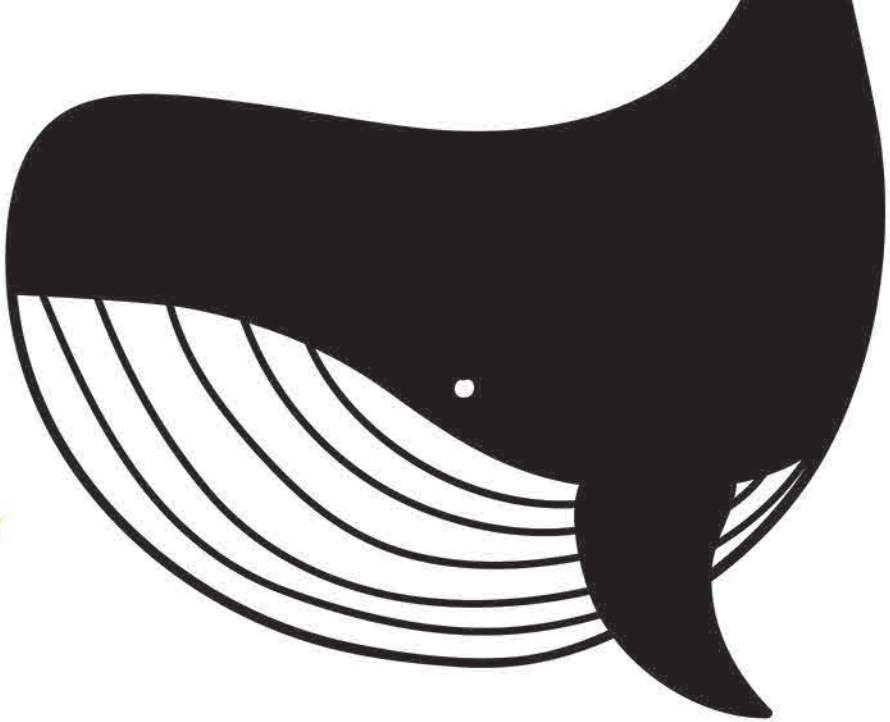
- Grundeinkommen für Personen, die über kein eigenes Einkommen verfügen können (dazu gehören auch Kinder)
- Umsetzung der vorhandenen Abkommen und Richtlinien zum Umweltschutz
- Aufnahme von Tierrechten in die EU-Verträge
- Verbot von Glyphosat und allen Totalherbiziden
- Belastung aller Verkehrsarten mit tatsächlichen Kosten inklusive Umweltverschmutzung und Folgeschäden
- für alle Mitgliedsstaaten verbindliche soziale Mindeststandards



Die PARTEI

JUGENDSPEZIFISCHE THEMEN:

- Änderung des Wahlalters (Wählen darf, wer zwischen 12 und 52 Jahren alt ist.)
- Abschaffung von Bologna, Bachelor, Master
- Förderung von politischem und gesellschaftlichem Engagement
- G1-Schulsystem (Wiedereinführung des Notabiturs)
- Abschaffung der Sommerzeit
- Einführung einer Faulenquote



#WEIßTEBESCHEID

Dann kann es ja losgehen! Nach dem aufmerksamen Lesen dieser Broschüre bist Du bestens über Europa und die baldigen Wahlen informiert! Nun liegt es an Dir. Suche Dir das Wahllokal in Deiner Nähe, schnapp Deine Freund*innen und zeigt, was Euch wichtig ist und wer Eure jugendpolitischen Themen am besten repräsentiert. Und weil das Wählen ab und zu anstrengend sein kann, könnt Ihr danach mit Euren Freund*innen bei unserer großen wahlparty* chillen und mit eingeladenen Politiker*innen ins Gespräch kommen. Wir freuen uns auf Euch.

*Infos zur Wahlparty und weitere Informationen rund um die U18-Wahl findest Du in Kürze auf unserer Webseite: **www.wahlort.kjrlsa.de**

Das Projekt wahlort[4] des Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V. wird gefördert mit Mitteln des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt und der Stiftung Demokratische Jugend.

Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V.
Schleinufer 14
39104 Magdeburg

Fon: 0391.535 394 80
Fax: 0391.597 95 38
E-Mail: **sachsen-anhalt@u18.org**
Internet: **www.kjr-lsa.de**

Der **Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V.** ist der Zusammenschluss von 26 landesweit tätigen Jugendverbänden, 3 Dachverbänden sowie der Arbeitsgemeinschaft der Kinder- und Jugendringe der kreisfreien Städte und Landkreise. Er vertritt die Interessen der Kinder und Jugendlichen sowie seiner Mitglieder gegenüber dem Land Sachsen-Anhalt und der Öffentlichkeit.

Herausgeber:
Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V.
V.i.S.d.P. Fabian Pfister

KJR Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V.

U18 Die Wahl für Kinder und Jugendliche

SACHSEN-ANHALT
Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration

wahlort[4]
Infos | Workshops | Wahllokale | Partys

Stiftung DEMOKRATISCHE JUGEND